
I N L A N D

Kirchen bekämpfen zunehmendes Problem der Altersarmut von Frauen	2
Derzeit in Österreich 203.000 Menschen über 65 Jahre von Armut betroffen, 136.000 davon Frauen - Neue Ökumene-Plattform will Bewusstsein schaffen und Politik in die Pflicht nehmen	
Zulehner: Politik soll entsolidarisierende Angst mindern	3
Wiener Kinderhospiz "Momo": Bedarf nach fünf Jahren weiter enorm	4
Experten: Religionsbildung im pluralen Zeitalter immer wichtiger	5
Deutschförderklassen: Wiener Familienverband stützt Ministerpläne	6
AUVA: Krankenhausseelsorger kritisieren Regierungspläne	6
IGGiÖ: "Symbolpolitik auf dem Rücken der muslimischen Minderheit"	8
Tirol: Spendenplus bei kirchlicher Adventsammlung 2017	9
Neuer Höchststand bei Testamentsspenden in Österreich	9

V A T I K A N & R O M

Krisengipfel zu Missbrauch in Chile: Papst räumt Fehler ein	10
Im Februar war ein päpstlicher Sonderermittler in Sachen Missbrauch in Chile - Nun veröffentlichte der Vatikan einen spannenden Papstbrief an die Bischöfe des Landes	
Chilenische Missbrauchsoffer begrüßen Brief des Papstes	11
Vatikanische Kommission regt eigene Frauen-Synode an	12
Kardinal Maradiaga: Kurienreform fast abgeschlossen	12
Papst sendet Opfern des Flugzeugunglücks in Algerien Beileid	13

A U S L A N D

Neue Studie: Jugendliche glauben, wollen aber nicht religiös sein	13
Erzabt von Pannonhalma verteidigt Papst gegen kirchliche Kritiker	14
Gesamtausgabe von Karl Rahners Werken abgeschlossen	15
EU-Familienverband: Individual-"Rechte" gefährden Charta von 1948	15
Angela Merkel erhält "Lampe des Friedens" der Franziskaner	17
Bischöfe Tschechiens und der Slowakei tagten gemeinsam	17
Polen: Parlament legt Abtreibungsgesetz-Verschärfung auf Eis	18
Botschafterin in Wien: Polen bekämpft Xenophobie und Antisemitismus	18
EU-Beauftragter: Negativer Trend in Sachen Religionsfreiheit	20
Australischer Erzbischof weist Missbrauchsvertuschung zurück	20

K U L T U R & M E D I E N

Wenders-Film über den Papst wird in Cannes gezeigt	20
Wiener Poetikdozentur mit literarischem Geheimitipp Hartmut Lange	21
Stift Seitenstetten begeht Jubiläum 300 Jahre "Kremser Schmidt"	21

I N L A N D

Kirche bekämpft zunehmendes Problem der Altersarmut von Frauen

Derzeit in Österreich 203.000 Menschen über 65 Jahre von Armut betroffen, 136.000 davon Frauen - Neue Ökumene-Plattform will Bewusstsein schaffen und Politik in die Pflicht nehmen

Wien, 12.04.2018 (KAP) Es gibt Damen, die im Pelzmantel zum Essen in die "Gruft", die Obdachlosen-Einrichtung der Caritas Wien, kommen: "Der Schein des Reichtums trägt", denn die Wohnungen der Betroffenen seien ungeheizt "und sie stellen sich zur Essensausgabe an, weil jeder Cent umgedreht werden muss", beschreibt Renate Moser, Gründungsmitglied einer neuen Sozialinitiative, das zunehmende Problem der Altersarmut von Frauen. Um ihm entgegenzuwirken, wurde kürzlich in Wien die ökumenische Plattform "Altersarmut bei Frauen - alt.arm.weiblich" gegründet.

Ziel der Plattform sei es, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, präventiv zu wirken, Kräfte und Erfahrungen zu bündeln und die Politik in die Pflicht zu nehmen, für mehr Fairness bei der Wohlstandsverteilung zu sorgen, so Moser zur Kooperationsredaktion österreichischer Kirchenzeitungen (aktuelle Ausgabe).

"Altersarmut beginnt nicht mit dem ersten Tag der Pension, sondern bereits früher", wies die Leiterin der "Plattform für Geschiedene und Wiederverheiratete in der Kirche" (WIGE) der Erzdiözese Wien hin. Bis zur Pensionsreform 2003/2004 wurden für die Pensionsberechnung die besten 15 Berufsjahre herangezogen, heute jedoch ist der Durchrechnungszeitraum auf ein ganzes Arbeitsleben ausgedehnt. Für viele Versicherte bedeute dies hohe finanzielle Einbußen im Ruhestand - gerade für Frauen. Viele Mütter seien lange bei den Kindern zu Hause gewesen oder hätten viele Jahre in Teilzeit gearbeitet, erklärte Moser. Das sei bei einer funktionierenden Partnerschaft, in der zwei Pensionen zur Verfügung stehen, kein großes Problem. "Schwierig wird es allerdings, wenn sich ein Paar trennt, wenn der Partner stirbt, wenn einer von beiden arbeitslos oder krank wird."

Dass laut Regierungsprogramm der türkis-blauen Koalition das Dazuverdienen in der Pension erleichtert werden soll, betrachtet die kirchliche Expertin mit gemischten Gefühlen. "Wer das möchte, soll das gerne tun können. Aber dass man grundsätzlich etwas dazuver-

dienen muss, weil man es mit der normalen Pension nicht schafft, ist sozial ungerecht." Gerade Frauen hätten den Staat entlastet, indem sie zugunsten ihrer Kinder beruflich zurücksteckten. "Und das wird bestraft, wenn die Frauen älter sind. Das finden wir unfair", kritisierte Moser.

Nur 842 Euro Pension im Durchschnitt

In Österreich sind laut EU-SILC (Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen, 2016) derzeit 203.000 Menschen über 65 Jahre von Armut betroffen, davon sind 136.000 Frauen. Die durchschnittliche Alterspension in Österreich beträgt für Männer 1419 Euro, für Frauen 842 Euro - um 40 Prozent weniger. Einer der Appelle der Plattform "Altersarmut bei Frauen - alt.arm.weiblich" an die Politik ist laut Moser die "Uraltforderung" nach gleicher Bezahlung bei gleicher Arbeit für Frauen und Männer. Zudem müssten Vätern Zugänge zu Elternkarenz und Teilzeitarbeit geöfnet werden. "Und wir fordern, anständige Gehälter zu bezahlen, die höher sein müssen als die Mindestsicherung", ergänzte Moser.

Das Problem drängt, denn "Altersarmut ist mitten in der Gesellschaft angekommen". Moser berichtete von starkem Zulauf auch auf die Sozialmärkte "Le+O" von der Caritas oder "SOMA" in Wien. Auch gut ausgebildete Frauen mit einem Studium wendeten sich dorthin. Wobei viele die mit Armut verbundene Scham überwinden müssten. Dazu komme Einsamkeit als soziale Einschränkung. Wer aus finanziellen Gründen gewisse Dinge wie einen Pfarrausflug nicht mitmachen könne, "fühlt sich ausgegrenzt und herausgerissen aus dem Freundeskreis und ist eingeschränkt in den Entscheidungsmöglichkeiten", so Moser. Auch dagegen wolle die Plattform "Altersarmut bei Frauen - alt-arm-weiblich" - eine gemeinsame Initiative der WIGE mit der Seniorenpastoral der Erzdiözese, der Kontaktstelle für Alleinerziehende sowie der Stadtdiakonie Wien - auftreten.

Zulehner: Politik soll entsolidarisierende Angst mindern

Pastoraltheologe bestritt mit Journalist Rauscher Abend der Theologischen Kurse zum Thema "Wege aus der Angst" - Viele gängige Überzeugungen über "die Muslime" stimmen gar nicht

Wien, 12.04.2018 (KAP) Wie kann entsolidarisierende Angst gemindert, wie Vertrauen und damit Zuversicht gestärkt werden? Das sind nach den Worten des Wiener Pastoraltheologen Paul Zulehner entscheidende Fragen, auf die eine verantwortungsvolle Politik und auch die Kirche ihr Augenmerk richten sollten. Derzeit ist Angst weltpolitisch jedoch im Aufwind, verwies der Werteforscher auf Untersuchungen, wonach die westliche Welt nach 9/11 zur "Furchtregion" geworden, China dagegen von Aufbruchsoptimismus geprägt sei. "Wege aus der Angst" war das Thema eines von Zulehner und dem Journalisten Hans Rauscher ("Der Standard") gestalteten Abend im Rahmen der Theologischen Kurse am Mittwoch in Wien.

Der Theologe erwähnte ein Gespräch, das er jüngst mit einem reformierten Theologen, der Mitglied der ungarischen Regierung von Viktor Orban ist, führte. Auf Zulehners Frage, ob die angstschürende Ausländerpolitik in einem Land, in dem es kaum Flüchtlinge und Zuwanderer gibt, letztlich nur der Mehrheitsabsicherung der Fidesz-Partei diene, bekam er demnach ein entwaffnend ehrliches "Ja, so ist es" zu hören.

Auch hierzulande diene der Islam einer politischen Instrumentalisierung, dabei würden sich viele gängige Überzeugungen über "die Muslime" nach einer faktenorientierten Prüfung als Vorurteile entpuppen. Wie repräsentative Studien belegten, kommt es hier zu massiven Umbrüchen zwischen der älteren, ersten Zuwanderergeneration und der zweiten, hier geborenen. Laut Zulehner ist etwa die Sorge unbegründet, "dass uns die Muslime 'niedergebären'"; die Fertilität passe sich rasch hiesigen Verhältnissen an. Ebenso klischeehaft sei das Bild der unterdrückten Frau: unter jungen Muslimas gebe es durchaus Emanzipation, "nur die Männer hinken - wie bei uns auch - hinterher", wie Zulehner sagte. Und auch die behauptete große Gläubigkeit der Muslime werde übertrieben dargestellt. Das säkulare Umfeld wirke sich auch auf den "Brauchtums-Islam" dämpfend aus.

Der emeritierte Wiener Pastoraltheologe verwies auf den auch in der Politik feststellbaren innerpsychischen Mechanismus, Urängste mit Gewalt, Gier und Lüge abzuwehren. Mus-

lime müssten vielfach als Sündenböcke herhalten und von ungelösten sozialen Problemen wie etwa der Pflege alter Menschen ablenken. Dabei würden Zuwanderer das Sozialsystem ungleich weniger belasten als die reichen Steuerflüchtlinge, ärgerte sich Zulehner über eine nur dem Namen nach christlich-soziale Politik.

Gesellschaftliches "Entängstigen" müsse auf mehreren Ebenen ansetzen: Es brauche eine lösungsorientierte Politik mit Augenmaß und Humanität, Bildung, die zuallererst auf Stärkung von Persönlichkeit abstellt sowie Begegnung: Wenn man "Gesichter und Geschichten" kennt, falle meist auch eine fremdenfeindliche Politik weg, meinte Zulehner. Er zitierte Franklin D. Roosevelt, der als 33. US-Präsident inmitten der Großen Depression formulierte: "The only thing we have to fear is fear itself - oder, auf gut Wienerisch: Zu Tode gefürchtet, ist auch gestorben."

Parallelen zum Antisemitismus der 1930er?

Hans Rauscher hält die - medial geschürte und politisch instrumentalisierte - Furcht vor der Islamisierung für eine bedeutende gesellschaftliche Veränderung mit viel Sprengstoff. Der Einbruch einer "ziemlich anderen Kultur in unsere Lebensverhältnisse" führe regelmäßig zu Postings, die Assoziationen zum Antisemitismus der Zwischenkriegszeit wecken. Angesichts der Tatsache, dass mittlerweile wohl an die 700.000 Muslime in Österreich leben - acht Prozent der Wohnbevölkerung - müsse die Frage, ob der Islam zu Österreich gehört, bejaht werden, so Rauscher. Dieses demographische Faktum gelte aber nicht in kultur- und religionsgeschichtlicher Hinsicht.

Der Starkolumnist hält es, wie er sagte, für eine Illusion zu meinen, wenn man die Muslime politisch nur genug sekkiert, würden sie weggehen. Die türkis-blaue Regierung setze auf Repression statt auf Integration. Das rund 150 Interessierte umfassende Publikum bei der Veranstaltung im Wiener Erzbischöflichen Palais rief Rauscher auf, dem "Drift zu gesellschaftlicher Bösartigkeit" entgegenzutreten - sich zu Wort zu melden, einzumischen, zu vernetzen.

Wiener Kinderhospiz "Momo": Bedarf nach fünf Jahren weiter enorm

220 Familien von mobilen Teams bisher unterstützt - Vertreter und Betroffene drängen auf Ausbau und öffentliche Finanzierung des Angebotes

Wien, 12.04.2018 (KAP) Der Bedarf an umfassender Versorgung für schwerstkranke Kinder daheim ist in Österreich weiterhin enorm: Darauf haben Vertreter und Träger des mobilen Kinderhospiz und Kinderpalliativteams "Momo" am Donnerstag bei einem Pressegespräch in Wien hingewiesen. Das Pionierprojekt in Österreich hat in den bisher fünf Bestandsjahren 220 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ihre Familien medizinisch, pflegerisch und psychosozial betreut - zuhause und völlig kostenlos. Das Angebot bräuchte jedoch eine Ausweitung, benötigten doch viele weitere Familien die Unterstützung, machte die Kinderärztin und "Momo"-Leiterin Martina Kronberger-Vollnhofer aufmerksam. Wichtig wäre zudem Unterstützung durch die öffentliche Hand: Bisher finanziert sich "Momo" ausschließlich durch Spenden.

Allein in Wien leben rund 800 Kinder und Jugendliche mit lebensbedrohlichen oder -verkürzenden Krankheiten. Österreichweit sterben 400 von ihnen jedes Jahr. Betroffene Familie sind für die Bewältigung des schwierigen Alltags auf ein Unterstützungsnetz angewiesen, vor allem in den Bereichen Medizin, Pflege und Soziales. "Alleine würde man verzweifeln. Hilfe ist besonders in Grenzsituationen wie Infektionen nötig, sowie auch dabei, hin und wieder Zeit für mich selbst zu finden", berichtete Martin Ulman, Vater einer sechsjährigen Tochter mit schwerer neurologischer Erkrankung, aus der eigenen Erfahrung.

Zu genau diesem Zweck gründeten die CS Caritas Socialis, die Caritas und die mobile Kinderkrankenpflege MOKI im März 2013 das mobile Kinderhospiz "Momo". Das Angebot ist von zunächst zwei auf mittlerweile zwölf hauptamtliche Mitarbeiter angewachsen - darunter fünf Ärztinnen, Kinderkrankenschwestern, Psychologen, Physiotherapeuten und Sozialarbeiter. Hinzukommen 26 ehrenamtliche Hospizbegleiter und 22 ehrenamtliche Mitarbeiter. "Momo" nimmt auch Eltern und Geschwister der kranken

Kinder in den Blick. Die Arbeit sei "herausfordernd und voller berührender, trauriger, aber ebenso auch schöner Momente", schilderte "Momo"-Leiterin Kronberger-Vollnhofer.

Den Familien wird durch die "Momo"-Mitarbeiter vor allem Sicherheit geboten: "Wir müssen nicht so schnell die Rettung rufen, wenn etwas passiert", verdeutlichte der betroffene Vater Martin Ulman. Viele der für die Kinder meist enorm aufreibenden Spitalsbesuche könnten verhindert werden. Wertvoll sei zudem der medizinische Rat bei komplizierten medizinischen Problemen.

Sowohl das Angebot als auch die Rahmenbedingungen müssen aufgrund des großen Bedarfs jedoch weiterentwickelt werden, so die gemeinsame Botschaft der "Momo"-Vertreter und -Träger. Klaus Schwertner von der Caritas der Erzdiözese Wien kritisierte die "Auslagerung" der Aufgabe durch die öffentliche Hand. "Bei dem Thema wird politisches Mikado gespielt: Wer sich zuerst bewegt, verliert." Ähnlich Robert Oberndorfer, Geschäftsführer der "CS Caritas Socialis" und vom "CS Hospiz Rennweg": "Die Sozialversicherungen verweisen auf den Bund, der Bund auf die Länder. Um eine Veränderung zu bewirken, könnte jeder einzelne von ihnen einen Schritt setzen, bräuchte nur Blockaden aus dem Weg räumen."

Neben der Absicherung der Finanzierung sei auch ein Rechtsanspruch der betroffenen Familien wünschenswert, sowie die Errichtung von bundesweit zwei bis drei stationären Hospizen für Kinder. "Damit wäre viel getan, um für die Angehörigen tageweise oder über einen bestimmten Zeitraum Entlastung zu schaffen", sagte der Wiener Caritas-Generalsekretär Schwertner. Wegweisend könne Berlin sein, wo es innerhalb der Stadt bereits zwei Kinderhospize gebe.

(Infos: www.kinderhospizmomo.at; MO-MO-Spendenkonto: IBAN: AT57 2011 1822 1426 4500, BIC: GIBAAWWXXX)

Experten: Religionsbildung im pluralen Zeitalter immer wichtiger

Niederländischer Bildungsforscher Miedema betont bei Tagung in Wien pädagogische und politische Notwendigkeit, das Leben in einem diversen Europa zu erlernen - Theologin Lehner-Hartmann: Viele Schulen von Pluralität überfordert

Wien, 12.04.2018 (KAP) Religion entwickelt sich in der Bildungslandschaft Europas nicht zu einem vernachlässigenden Faktor, sondern wird angesichts der zunehmenden Vielfalt an Kulturen immer wichtiger: Darauf haben Experten bei einer internationalen Tagung in Wien verwiesen, die am Donnerstag zu Ende gegangen ist. "Zu lernen, wie man in einem ethnisch, kulturell und religiös diversen Europa lebt, ist eine pädagogische und auch politische Notwendigkeit", sagte der Hauptredner Siebren Miedema von der Freien Universität Amsterdam. Die Frage, ob Europa religiöse Bildung braucht, beantwortete der Bildungsforscher mit einem "uneingeschränkten Ja".

Die Vermittlung von Religionen und Weltanschauungen habe auch eine wichtige gesellschaftliche Funktion, so der Experte. Es komme darauf an, die Entwicklung des "ganzen Menschen" im Auge zu haben und Heranwachsende zur kritischen Evaluierung anzuleiten. "Unhinterfragtes Übernehmen oder eine unreflektierte volle Übernahme der Ansichten des Lehrers soll nicht angestrebt werden", so Miedema. Klar sprach er sich zugleich gegen eine neoliberale Sichtweise aus, die Bildung auf Vermittlung von in der Wissensgesellschaft geforderten Kompetenzen wie Beschäftigungsfähigkeit, Flexibilität und Mobilität reduziere und dabei andere Qualifikationen zurückdränge.

Auch im säkularen Zeitalter seien die meisten Menschen auf der Suche nach Bedeutung in ihrem Leben, so das Argument des niederländischen Bildungsforschers. Diese "Pilgerschaft" sei ernst zu nehmen und die Suche zu fördern. Religion sei dabei für liberal-demokratische Gemeinschaften ein wichtiger und notwendiger Lieferant für Sinn und Bedeutung, weshalb der Staat gut beraten sei, eine "positive Haltung" gegenüber den Leistungen und Vertretern religiöser Gemeinschaften einzunehmen.

Neuentdeckung der Religion

Durchaus werde Religion heute - nach Zeiten ihrer Dominanz und schließlich Verdrängung - in den Schulen vielerorts "neuentdeckt", so die Beobachtung der Religionspädagogin Andrea

Lehner-Hartmann. Es handle sich dabei aber nicht um eine bruchlose Rückkehr zur bisherigen christlichen Tradition, sondern vielmehr um das Bewusstwerden einer neuen Pluralität unterschiedlicher Religionen in Europa. Auch gebe es "kein homogenes katholisches Christentum mehr", so die stellvertretende Vorständin am Institut für Praktische Theologie der Universität Wien. Das neue Neben- und Miteinander mache es nötig, gestaltet zu werden.

Viele Schulen fühlten sich heute jedoch hilflos und überfordert beim Thema Religion, konkret angesichts der pluralen Schülerschaft und der dazugehörigen Eltern, stellte Lehner-Hartmann fest. Oft sei große Unsicherheit spürbar, was in der Schule thematisiert werden dürfe oder solle, welcher Platz der Religion zuzuweisen sei. Das Zulassen und der Umgang mit Pluralität sei jedoch ein wesentliches Merkmal von Demokratie. Es gelte: "Schulen geben einen Ort ab, an dem religiöse Überzeugung im Horizont von Demokratie gelebt werden kann, aber auch herausgefordert wird, sich an demokratischen Prinzipien zu orientieren."

Ort der Empathiebildung

Bildung sollte Religion nicht ausklammern oder ignorieren, da das Thema auch über den Religionsunterricht hinaus wichtige Funktionen im Schulalltag habe, so die Überzeugung der Wiener Theologin. Dazu gehöre u.a. die Ermutigung des Kindes oder Jugendlichen dazu, über Sinnfragen zu reflektieren und je eigene Antworten darauf zu finden, die Entwicklung eines Verständnisses der unantastbaren Würde des Menschen sowie der Einspruch gegen Entwicklungen, die Menschen ausgrenzen, demütigen oder verzwecken.

Der Religionsunterricht werde dabei neben anderen Gegenständen immer mehr zu einem "Ort, an dem Empathie und Argumentationsfähigkeit ausgebildet und gefördert werden", sagte Lehner-Hartmann. Zwar gelte dabei, dass Religionslehrer von den Schulen häufig vor allem wegen ihres Sozialengagements geschätzt, zu religiösen Fragen aber selten kontaktiert würden. Als Vermittler von "Orientie-

rungswissen" seien sie jedoch kaum zu unterschätzen. Auch die Schulpastoral - die Theologin verwies hier auf externe Ansprechpartner, begleitende Angebote oder freiwillige spirituelle oder liturgische Veranstaltungen - würden auf die Sinnfragen der Schüler eingehen.

Die Wiener Tagung im Curhaus am Stephansplatz war die Abschlussveranstaltung eines dreijährigen Projekts über die Zukunft der

Religionslehrausbildung, an dem sich Bildungseinrichtungen aus Österreich, Deutschland, England, Schottland, Schweden und der Schweiz beteiligt hatten. Die Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien/Krems - vertreten durch das Institut Religiöse Bildung - war dabei als heimischer Partner vertreten. (Informationen: www.readyproject.eu)

Deutschförderklassen: Wr. Familienverband stützt Ministerpläne

Vorsitzende Fruhwürth sieht "pädagogisch sinnvolle Maßnahme, die Integration erleichtert" - Mehr Ressourcen für betroffene Schulen notwendig

Wien, 11.04.2018 (KAP) Der Katholische Familienverband der Erzdiözese Wien (KFVW) unterstützt das von Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) angekündigte Modell eigener Deutschförderklassen in Volksschulen. Allerdings benötigten diese für die Maßnahme vermehrte Ressourcen, die - etwa von der Wiener Stadtregierung - vom Bund einzufordern seien, hieß es am Mittwoch in einer Presseaussendung der Verbandsvorsitzenden Barbara Fruhwürth.

"Sinnvoller Unterricht, der allen Schülern etwas bringt, ist nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen möglich. Daher stehen wir hier hinter den Plänen des Unterrichtsministers", betonte Fruhwürth. Die geplanten Deutschförderklassen seien eine "pädagogisch sinnvolle Maßnahme, die Integration erleichtert und die berufliche Zukunft der betroffenen Schüler verbessert".

Kritik, wonach durch das Modell Klassen zerrissen und stabile Beziehungen gefährdet werden, kann die KFVW-Vorsitzende nach eigener Aussage nicht nachvollziehen. In Faßmanns

Plänen sei auch ein gemeinsamer Unterricht in einigen Fächern angedacht; dadurch bleibe die Klassengemeinschaft bestehen.

Nach den Regierungsplänen sollen Kinder, die nicht ausreichend Deutsch können, schon ab Beginn des nächsten Schuljahres im September in separaten Klassen Sprachunterricht erhalten - und zwar im Ausmaß von 15, statt bisher 11 Stunden pro Woche in der Volksschule. Die restliche Zeit sollen die am Unterricht in ihrer Stammklasse teilnehmen. Noch bis Donnerstag ist der entsprechende Ministerialentwurf in der parlamentarischen Begutachtungsphase.

An dem Vorhaben gibt es teils vehemente Kritik. Die Pläne seien pädagogisch widersinnig, hätten zur Folge, dass bestehende Klassen zerrissen werden und stellten Schuldirektoren vor unlösbare organisatorische Aufgaben, meinte etwa der Wiener Bildungstadtrat Jürgen Czernohorszky (SPÖ) am Mittwoch und bezeichnete den Entwurf des Bildungsministeriums als "undurchführbar".

AUVA: Krankenhauseelsorger kritisieren Regierungspläne

Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhauseelsorge warnt vor Auflösung bzw. Einsparung bei Allgemeiner Unfallversicherungsanstalt - Wäre "gefährliche Bedrohung" für die Gesundheitsversorgung in Österreich

Salzburg, 12.04.2018 (KAP) Die heimischen Krankenhauseelsorger üben deutliche Kritik an den Plänen der Bundesregierung mit der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA). Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhauseelsorge warnte am Donnerstag in einer Aussendung vor einer Auflösung der AUVA. Dies

wäre eine "gefährliche Bedrohung" für die Gesundheitsversorgung in Österreich.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AUVA leisteten tagtäglich einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft. Die Ausbildung dieses hoch qualifizierten Personals kostete viel Geld. Gerade in dieser Quali-

fikation liege auch eine gesellschaftliche Ressource, "die nicht ohne weiteres vorschnellen Sparplänen zum Opfer fallen darf". Wörtlich heißt es in der Aussendung: "Wer diese sozialstaatliche Errungenschaft aufs Spiel setzt, handelt grob fahrlässig und gefährdet noch dazu Menschenleben." Die katholischen Krankenhausseelsorger seien der Überzeugung, "dass eine flächendeckende Notfallversorgung mit der Umsetzung der Einsparungspläne nicht mehr annähernd in gleicher Weise gewährleistet werden kann".

Deshalb lehne man die derzeit geplanten Einsparungen in Maß und Umfang mit höchstem Nachdruck ab, "weil der dadurch eintretende, tatsächlich erwartbare Schaden in keinem Verhältnis zu einem möglichen Nutzen steht". Die gesellschaftliche Verantwortung für Menschen, die einer medizinischen Notfallversorgung bedürfen, lasse sich nicht in finanziellen Maßstäben allein beschreiben. Deshalb ersuchen die Krankenhausseelsorger die Bundesregierung und im Besonderen Bundesministerin Hartinger-Klein, "dieses Sparpaket nicht umzusetzen und andere Wege für Einsparungen zu finden".

Man teile zudem nicht die Einschätzung der Ministerin, wonach Österreich im internationalen Vergleich eine Krankenhausüberversorgung aufweist. "Im Gegenteil sprechen wir uns für eine Ausweitung der medizinischen Versorgung, gerade in ländlichen Gebieten aus, wo ein Versorgungsmangel droht oder bereits vorliegt", heißt es in der Aussendung.

Gezeichnet ist die Aussendung von Detlef Schwarz, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhausseelsorge Österreichs, der zugleich auch Referent für Krankenpastoral und Notfallseelsorge in der Erzdiözese Salzburg ist.

Die AUVA betreibt derzeit sieben Unfallkrankenhäuser mit insgesamt 918 Betten, inklusive 54 Intensivbehandlungsbetten. Mit rund 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden dort jährlich über 300.000 Patientinnen und Patienten behandelt, 40.000 davon stationär.

In den vier Rehabilitationszentren mit 580 Betten werden Patienten nach Arbeits- und Freizeitunfällen mit Funktionseinbußen des Bewegungs- und Stützapparates, nach Amputationen, Querschnittlähmung sowie mit Schädel-Hirn-Verletzungen (Polytraumen) stationär betreut und in ein neues Leben mit der neuen, beeinträchtigten gesundheitlichen Situation begleitet.

Minister beruhigen, AUVA warnt

Sozial- und Gesundheitsministerin Hartinger-Klein hat unterdessen am Mittwoch im Budgetausschuss des Parlaments Leistungskürzungen bei der AUVA ausgeschlossen. Für die Unfallkrankenhäuser gab die FPÖ-Ministerin nach den heftigen Protesten der vergangenen Tage neuerlich eine Bestandsgarantie ab, berichtete die Parlamentskorrespondenz.

Laut Hartinger-Klein gehe es um eine Neustrukturierung im Sinne von mehr Effizienz. Es werde zu keiner Schließung von Unfallkrankenhäusern der AUVA kommen. Alle Menschen sollen die Unfallversorgung erhalten, die sie brauchen, dies ohne Unterscheidung zwischen Arbeitsunfall und Freizeitunfall.

Der Fahrplan der Regierung sehe jedenfalls eine Vorlage im Ministerrat im Mai vor, im Sommer soll das entsprechende Gesetz vorbereitet werden, am 1. Jänner 2019 soll es in Kraft treten. Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) versicherte ebenfalls in einer Aussendung, dass keine Unfallkrankenhäuser geschlossen würden.

AUVA-Obmann Anton Ofner sah am Donnerstag die Zukunft der sieben Unfallkrankenhäuser und vier Reha-Einrichtungen der AUVA "nach wir vor ungewiss". Die "vermeintliche Bestandsgarantie" der Bundesregierung sei wirkungslos, meinte er am Donnerstag in einer Aussendung laut APA.

Für den Donnerstagabend hat Ministerin Hartinger-Klein eine Verhandlungsrunde bezüglich künftiger Betreiber der Unfallkrankenhäuser angekündigt. Details dazu konnte ihr Sprecher allerdings trotz mehrmaliger Anfragen der APA nicht nennen.

IGGÖ: "Symbolpolitik auf dem Rücken der muslimischen Minderheit"

Islamische Glaubensgemeinschaft bekräftigt in Kopftuchdebatte Ablehnung von "politischen Zwängen, Verboten oder Geboten" und pocht auf klare Trennlinien zwischen Staat und Religion - Regierungsparteien kritisieren Haltung der Muslim-Vertretung

Wien, 11.04.2018 (KAP) In der aktuellen Kopftuchdebatte sieht die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) Grund zur Vermutung, dass hier "Symbol- und Verschleiерungspolitik auf dem Rücken der muslimischen Minderheit in Österreich ausgetragen wird". In einer Stellungnahme am Mittwoch bekräftigte die Muslim-Vertretung ihre Ablehnung von "politischen Zwängen, Verboten oder Geboten" bei dem Thema und kündigte an: "Gegen diskriminierende Gesetze und Repressalien werden wir stets entschieden und mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln vorgehen."

Versuche, mit "politischen Islam" bzw. "Islamismus" in Verbindung gebracht zu werden, verurteilte die IGGÖ "auf das Schärfste". Demgegenüber werden in der Stellungnahme klare Trennlinien zwischen Staat und Religion gezogen: Die Islamische Glaubensgemeinschaft involviere sich nicht in parteipolitische Angelegenheiten, umgekehrt erwarte sie vonseiten der Politik "Achtung der Deutungshoheit unserer Organisation in Bezug auf den islamischen Glauben in Österreich". Das "freiwillige Tragen eines Kopftuches" sei Teil der Glaubenspraxis, hieß es. Die Auslegung der islamischen Glaubenslehre liege nicht in der Kompetenz der Politik oder Parteien, sondern stelle die "ureigene Aufgabe" der IGGÖ dar. "Ob und allenfalls wie eine Kopfbedeckung zu tragen ist, fällt in die Zuständigkeit dieser inneren Angelegenheiten."

Kinder seien "von religiösen Verpflichtungen ohnehin ausgenommen", wandte sich die IGGÖ gegen "jegliche politische Zwänge, Verbote oder Gebote gegenüber muslimischen Kindern". In der laufenden Debatte würden Kinder bedauerlicherweise "instrumentalisiert". Die Begründung, man würde durch ein Kopftuchverbot muslimische Mädchen bzw. Frauen vor Diskriminierungen schützen, "halten wir in weiten Teilen für unangebrachten Zynismus". Die IGGÖ kritisierte die "Intention einer weiteren Diskriminierung und Benachteiligung von MuslimInnen auf dem Bildungsweg bis hin zur Hochschule".

Als seit 1912 staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft fühle sich die Vertretung der

Muslime "den österreichischen sowie europäischen Werten zutiefst verbunden". Die IGGÖ sei stets um den Dialog zur Verbesserung der Lebensumstände der Gläubigen in Österreich bemüht, "allerdings basiert der aktuelle Diskurs um die Bekleidungswahl der Musliminnen sichtlich nicht auf evidenzbasierten konstruktiven Ansätzen". Statt jener "oberflächlichen Politik, die sich seit einigen Jahren von antimuslimischen Ressentiments nährt", wünsche sich die IGGÖ "eine reflektierte, evidente und Minderheiten gegenüber sensible Art der Politik entsprechend unseren europäischen Normen und Werten".

Regierungsparteien gegen Diskriminierung

Dieser Klarstellung gingen IGGÖ-kritische Ausendungen der beiden Regierungsparteien voraus. ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer bezeichnete Kopftücher bei Kindern als "keine innerislamische Angelegenheit, sondern ein gesellschafts- und integrationspolitisches Problem". Auch laut dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) spiele die Schule eine besondere Rolle im Integrationsprozess. Eine erfolgreiche soziale Integration von Kindern habe Vorrang vor den Wünschen der Eltern, ihre Kinder im Sinne ihrer religiösen Überzeugung zu erziehen, erklärte der ÖVP-Politiker. "Es geht uns beim Kopftuchverbot für Mädchen in Kindergärten und Volksschulen nicht darum, die Freiheit der Religionsausübung zu verletzen, sondern um den Schutz der Kinder vor Diskriminierung."

Dass die Islamische Glaubensgemeinschaft "Botschaften an der Grenze zum politischen Islam" predige, hatte davor FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus behauptet. "Es ist kein gutes Zeichen, wenn sich die offizielle islamische Vertretungsbehörde Österreichs dafür ausspricht, dass Mädchen schon im Kleinkindalter Kopftuch tragen dürfen und ihnen dadurch die Integration in unsere freie, westliche Gesellschaft erschwert oder sogar unmöglich gemacht wird." Österreich sei ein christlich geprägtes und aufgeklärtes Land, teilte Gudenus mit. Diese Werte und Sitten müssten auch von in Öster-

reich lebenden Muslimen anerkannt werden. "Wer das nicht akzeptieren möchte, ist gerne

eingeladen, seine Lebensformen in einem islamischen Land auszuleben", so der FPÖ-Politiker.

Tirol: Spendenplus bei kirchlicher Adventsammlung 2017

Knapp 830.000 Euro spendeten die Menschen in der Diözese Innsbruck für die Aktion "Bruder und Schwester in Not" - Bischof Glettler: Ernsthaftes weltweite Verbundenheit aufbauen und stärken

Innsbruck, 12.04.2018 (KAP) Knapp 830.000 Euro spendeten die Menschen in der Diözese Innsbruck im vergangenen Advent für die Aktion "Bruder und Schwester in Not". Damit konnte eine Steigerung zum Advent 2016 erreicht werden, wie die Diözese Innsbruck am Donnerstag mitteilte. Bischof Hermann Glettler dankte den Menschen in der Diözese "für die vielen Beiträge der Solidarität mit unseren Brüdern und Schwestern weltweit, die in Armut leben". Sein Dank gelte darüber hinaus den zahlreichen Mitarbeiter von "Bruder und Schwester in Not" in den Pfarren der Diözese Innsbruck.

Die einzige Antwort auf das Auseinanderklaffen der verschiedenen Welten auf der Erde können nur "der feste Entschluss zu einer möglichst solidarischen Lebensweise sein, die Bereitschaft zum Teilen und ein leidenschaftliches Gebet füreinander bedeutet". Nur auf diese Weise lasse sich eine ernsthaftes weltweite Verbundenheit aufbauen und stärken. "Wir gehören als Menschheitsfamilie zusammen", bekräftigte der Bischof wörtlich in der Aussendung.

"Bruder und Schwester in Not - Diözese Innsbruck" ist eine kirchliche Stiftung, die aus der 1961 ins Leben gerufenen Aktion "Bruder in Not" hervorging. Mit den Spendengeldern

werden jedes Jahr zahlreiche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in fünf Ländern Ostafrikas und Lateinamerikas gefördert. Die Projekte konzentrieren sich vermehrt darauf, Ernährungssouveränität durch kleinbäuerliche Landwirtschaft zu sichern und Menschenrechte, vor allem Frauenrechte, einzufordern sowie zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken.

Mit einem Teil der Spendengelder werde etwa bald für 80 Familien in Uganda in Ostafrika der Traum von einer eigenen Milchkuh und damit von einer selbständigen Zukunft wahr, teilten die Verantwortlichen mit. Die Vorbereitungskurse und landwirtschaftlichen Schulungen in der Diözese Masaka am Viktoriasee dazu seien bereits angelaufen. Mit dem Verkauf der überschüssigen Milch an die lokale Molkereigenossenschaft könnten die Familien, nachdem sie eine Kuh erhalten haben, ein bescheidenes Einkommen erwirtschaften, das etwa den Schulbesuch der Kinder ermöglicht.

"'Bruder und Schwester in Not' ist es ein Anliegen, mit den Menschen vor Ort die Lebensbedingungen zu verändern, Eigenverantwortung zu stärken und ein gutes Leben für alle möglich zu machen. Das ist nachhaltige Armutsbekämpfung", so Bischof Glettler abschließend.

Neuer Höchststand bei Testamentsspenden in Österreich

Österreicher haben 2017 gemeinnützige Organisationen mit 60 Millionen Euro in ihren Testamenten unterstützt

Wien, 12.04.2018 (KAP) Die Österreicher haben gemeinnützige Organisationen im Vorjahr mit rund 60 Millionen Euro in Form von Testamentsspenden unterstützt. Das ist ein neuer Höchststand, wie der Fundraising Verband Austria am Donnerstag mitteilte. Die 60 Millionen Euro machten fast zehn Prozent des gesamten Spendenaufkommens in Österreich aus, zeigte sich Günther Lutschinger, Geschäftsführer des

Fundraising Verbands und Initiator der Initiative "Vergissmeinnicht", beeindruckt. Wichtigstes Motiv hinter einer Testamentsspende sei der "gute Wille" sowie die Möglichkeit, sich über das Leben hinaus für eine wichtige Sache einzusetzen.

Zugleich ortet Lutschinger beim Thema Erben und Testament noch großen Informationsbedarf. Nur 35 Prozent der Österreicher

über 60 Jahren hätten ein Testament verfasst und viel zu wenige Menschen wüssten, dass man neben Angehörigen auch eine gemeinnützige Organisation in seinem Testament bedenken kann. Mit der Initiative "Vergissmeinnicht", hinter der 78 Hilfswerke stehen, wolle man in neutraler Form informieren und auf diese Möglichkeit aufmerksam machen", so Lutschinger.

Als Zeichen des großen Danks und der Anerkennung pflanzten Vertreter der Initiative am Donnerstag im Schlossgarten Schönbrunn symbolisch Vergissmeinnicht-Pflanzen. Die Mitglieder-Organisationen wollten damit gemeinsam Danke sagen an ihre Testamentsspender. Mit ihren Vermächtnissen ermöglichten diese wichtige gemeinnützige Projekte und würden so

die Zukunft für kommende Generationen mitgestalten, hieß es.

Unter den 78 Mitgliedsorganisationen von "Vergissmeinnicht" befinden sich auch zahlreiche kirchliche wie Caritas und Diakonie, Missio, Kirche in Not, Caritas Socialis oder das Canisiuswerk. Die Testamentsspender hätten einen wichtigen Anteil daran, "dass wir als Organisation heuer unser 100-jähriges Jubiläum feiern können", so Elisabeth Grabner vom Canisiuswerk in einer Aussendung am Donnerstag: "Mit ihren Vermächtnissen an uns haben sie bewirkt, dass wir zahlreiche Menschen bei ihrer Suche nach Sinn und Berufung unterstützen und sie auf dem Weg zu einem gelingenden Leben aus dem Glauben heraus begleiten durften." (Infos: www.vergissmeinnicht.at)

V A T I K A N & R O M

Krisengipfel zu Missbrauch in Chile: Papst räumt Fehler ein

Im Februar war ein päpstlicher Sonderermittler in Sachen Missbrauch in Chile - Nun veröffentlichte der Vatikan einen spannenden Papstbrief an die Bischöfe des Landes - Hintergrundbericht von Roland Juchem

Vatikanstadt, 12.04.2018 (KAP) Für Mai hat Papst Franziskus 32 chilenische Bischöfe nach Rom zitiert, um mit ihnen über den Missbrauchskandal in der Kirche des Landes zu sprechen - und über seine eigenen Fehler im Umgang damit. Es wird wohl das größte derartige Krisentreffen im Vatikan, seit Johannes Paul II. 2002 zwölf US-Kardinäle nach Rom zitierte, nachdem der dortige Missbrauchsskandal offensichtlich wurde.

In seinem Brief an die Chilenische Bischofskonferenz, der am Mittwochabend im Vatikan und in Chile gleichzeitig veröffentlicht wurde, räumt Franziskus schwerwiegende eigene Fehler in der Beurteilung der Lage in Chile ein. Die Protokolle eines Teams von Sonderermittlern hätten in ihm "Schmerz und Scham" ausgelöst.

Im Februar hatte Franziskus Charles Scicluna, Erzbischof von Malta und lange Jahre bei der Glaubenskongregation für die Untersuchung schwerer Vergehen von Klerikern zuständig, sowie den Rechtsexperten der Glaubenskongregation, Jordi Bertomeu Farnos, nach Chile entsandt. Dort sowie in New York hörten

sie 64 Zeugen und hielten die Ergebnisse in einem 2.300 Seiten umfassenden Bericht fest.

Ob der umstrittene Bischof Juan Barros von Osorno im Amt bleibt, darüber schreibt der Papst nichts. Während seines Chile-Besuchs im Jänner hatte er dessen Versetzung vom Militärbischofsamt ins südchilenische Osorno noch verteidigt, Franziskus nannte Kritik an Barros gar "Verleumdung". Anschließend aber wurde bekannt, dass ein Missbrauchsoffer, Juan Carlos Cruz, der heute in den USA lebt, dem Papst bereits vor der Amtseinführung von Barros einen warnenden Brief geschrieben hatte.

Darin hieß es, in den 1980er Jahren sei Barros als junger Priester Zeuge von Übergriffen des Priesters Fernando Karadima gegen sie geworden. Der heute 87-jährige Karadima, einst einer der prominentesten Geistlichen Chiles, wurde 2011 wegen Missbrauchs verurteilt. Barros zählte zu seinem geistlichen Schülerkreis.

Ob der Papst den Brief von Cruz, der ihm im April 2015 übergeben worden war, tatsächlich gelesen hat, ist nicht ganz sicher. Franziskus wurde aber bereits vor der Ernennung von Barros zum Bischof von Osorno aus

der vatikanischen Kurie ein Dossier vorgelegt. Demnach sei Barros nicht nur Zeuge von Übergriffen gewesen, sondern später selbst übergriffig geworden. Der Papst habe dies aber als nicht genügend stichhaltig bewertet.

Es geht nicht allein um Barros

Doch es geht gar nicht allein um Barros. In dem sechsseitigen Brief des Papstes von Mittwoch taucht dessen Name gar nicht auf. Cruz, das bislang bekannteste Opfer des chilenischen Priesters Karadima, sagte in einem Interview der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur KNA: "Es ist enorm wichtig, dass das Verhalten der Bischöfe Juan Barros, Tomislav Koljatic und Horacio Valenzuela, Männer die allesamt sexuellen Missbrauch vertuscht haben, genauestens untersucht wird."

Wenn Franziskus nun kritisiert, er sei nicht genügend wahrheitsgemäß und ausgewogen informiert worden, dann verweist das nicht nur auf seine eigene Fehleinschätzung. Das geht wohl auch gegen andere Bischöfe. Genannt wird in dem Zusammenhang Santiagos früherer Erzbischof, Kardinal Francisco Javier Errazuriz Ossa. Der 84-jährige Papstvertraute sitzt gar in den "K9" genannten Kardinalsrat, der Franziskus bei seiner Kurienreform berät. In dem Interview

kritisiert Cruz, Errazuriz Ossa habe einen "enorm schlechten Einfluss" auf Franziskus.

Errazuriz selbst hatte nach dem Papstbesuch in Chile Bischof Barros für negative Presseberichte verantwortlich gemacht. Als dieser sich am Rande des Besuchs im Jänner bereitwillig für Interviews zur Verfügung gestellt habe, sei ein "unerwünschter Nebenschauplatz" entstanden, monierte Errazuriz laut Medienberichten in einem Brief an mehrere lateinamerikanische Bischofskonferenzen.

Fehleinschätzungen und Schnellschüsse

Wenn die Chilenen nach Rom kommen, wird einiges aufzuarbeiten sein - sowohl in der Einstellung und im Verhalten der Bischöfe wie auch in der Art und Weise, wie und von wem sich dieser Papst informieren und beraten lässt. Immerhin scheint er eigene Fehleinschätzungen und Schnellschüsse offensiv angehen zu wollen.

"Ich bitte alle um Vergebung, die ich verletzt habe", schreibt Franziskus in seinem Brief vom Mittwoch. Noch bevor Chiles Bischöfe im Mai nach Rom reisen, will Franziskus einige Missbrauchsoffer persönlich empfangen, darunter auch Juan Carlos Cruz. Das haben er und zwei weitere Betroffene per Twitter bestätigt.

Chilenische Missbrauchsoffer begrüßen Brief des Papstes

Betroffene erhielten vom Vatikan eine Einladung für ein Treffen mit Franziskus "in den nächsten Wochen"

Santiago de Chile, 12.04.2018 (KAP/KNA) Mehrere Betroffene haben die jüngste Erklärung des Papstes zum Missbrauchsskandal in Chiles Kirche begrüßt. "Wir erkennen die Geste des Papstes an", heißt es in einer am Mittwoch (Ortszeit) veröffentlichten gemeinsamen Stellungnahme der Missbrauchsoffer James Hamilton, Jose Andres Murillo und Juan Carlos Cruz. Sie hätten vom Vatikan eine Einladung für ein Treffen mit dem Papst "in den nächsten Wochen" erhalten.

"Der von der Kirchenhierarchie angerichtete Schaden, auf den sich der Papst bezieht, betrifft nicht nur uns. Viele Menschen sind betroffen", schreiben die drei Missbrauchsoffer. Nun wollten sie mithelfen, in der katholischen Kirche eine Null-Toleranz-Politik in Sachen Missbrauch zu etablieren.

Zuvor hatte Franziskus die Bischöfe Chiles nach Rom gerufen, um mit ihnen über die Konsequenzen aus der Missbrauchskrise zu beraten. Die Protokolle eines Teams von Sonderermittlern hätten in ihm "Schmerz und Scham" ausgelöst, betonte er in einem am Mittwoch in Rom und in Chile veröffentlichten Schreiben an die Chilenische Bischofskonferenz.

Zugleich räumte der Papst eigene schwerwiegende Fehler bei der Beurteilung der Situation ein. Dafür sei ein Mangel an wahrheitsgemäßen und ausgewogenen Informationen verantwortlich gewesen. "Ich bitte um Vergebung bei allen, die ich verletzt habe", so Franziskus wörtlich.

Vatikanische Kommission regt eigene Frauen-Synode an

Päpstliche Lateinamerika-Kommission: "Kirche muss frei sein von jeglichen Vorurteilen, Stereotypen und Diskriminierungen gegenüber Frauen"

Vatikanstadt, 12.04.2018 (KAP) Aus dem Vatikan gibt es die Idee, eine eigene Bischofssynode zum Thema Frauen zu organisieren. Den Vorschlag macht die Päpstliche Lateinamerika-Kommission, deren Abschlusserklärung nach ihrer jährlichen Vollversammlung die Vatikanzeitung "Osservatore Romano" am Donnerstag dokumentierte. Bei dem Treffen Anfang März in Rom hatte sich die Kommission mit der Situation von Frauen in Lateinamerika befasst. Neben den 24 Bischöfen und Kardinälen, die der Kommission angehören, waren zu dem Treffen eigens 14 südamerikanische Frauen verschiedener Positionen und Aufgaben eingeladen worden.

Die epochalen Veränderungen, denen sich die Kirche gegenüber sehe, verlangten neue missionarische Dynamik und einen Bewusstseinswandel, wie er sich bereits bei der Familiensynode und deren nachfolgendem Schreiben "Amoris laetitia" gezeigt habe, heißt es in der

Erklärung. Daher regt die Kommission an, nach der für Oktober 2018 geplanten Jugendsynode ebenfalls "eine Bischofssynode der Weltkirche über Frauen im Leben und der Mission der Kirche" abzuhalten, heißt es im letzten Satz des Dokumentes. Konkrete Vorschläge werden nicht genannt.

Der rund vier Seiten lange Text beginnt mit der Feststellung: "Die katholische Kirche, die dem Beispiel Jesu folgt, muss frei sein von jeglichen Vorurteilen, Stereotypen und Diskriminierungen gegenüber Frauen." Im weiteren Verlauf geht es vor allem um die Lage von Frauen in Lateinamerika. Besonders benachteiligt, diskriminiert und gefährdet seien arme, indigene und afroamerikanische Frauen. Die für Herbst 2019 geplante regionale Amazonas-Synode wird sich hingegen vor allem ökologischen und sozialen Themen widmen.

Kardinal Maradiaga: Kurienreform fast abgeschlossen

Neues Papstdokument könnte noch in diesem Jahr veröffentlicht werden - Einschneidende Änderungen bei Verwaltung und Finanzen - Details zur Rolle von Nuntien bei Bischofsnominierungen noch zu klären

Vatikanstadt, 12.04.2018 (KAP) Die vatikanische Kurienreform steht nach Worten von Kardinal Oscar Rodriguez Maradiaga kurz vor dem Abschluss. Das betreffende Papstdokument sei "praktisch fertig", sagte er dem spanischen Fernsehsender Trece (Dienstag). Er hoffe auf eine Publikation noch in diesem Jahr. Der honduranische Erzbischof von Tegucigalpa koordiniert den Kardinalsrat ("K9"), der Papst Franziskus bei der Reform der Kirchenzentrale berät. Die nächsten Beratungen finden vom 23. bis 25. April in Rom statt.

Rodriguez Maradiaga sagte, der Entwurf des Papstschreibens verlange noch einige Arbeiten und solle dann den Vatikanbehörden für Verbesserungsvorschläge zugeleitet werden. Klä-

rungsbedarf gebe es unter anderem bei der Rolle der päpstlichen Botschafter bei der Suche nach möglichen Bischofskandidaten. Die Kardinäle hätten "keine Eile" mit der Publikation. Das Dokument, das die Organisation der Zentralverwaltung der katholischen Kirche regelt, soll in der Form einer sogenannten Apostolischen Konstitution erscheinen. Derzeit gültige Kurienordnung ist "Pastor Bonus" von 1988.

Einige Neuerungen seien sehr einschneidend, sagte der Kardinal weiter. Er verwies auf die Schaffung eines Wirtschaftssekretariats, das praktisch als "Finanzministerium der Kirche" diene, und auf die Güterverwaltung des Heiligen Stuhls.

Papst sendet Opfern des Flugzeugunglücks in Algerien Beileid

257 Tote bei schwerstem Flugzeugunglück in der Geschichte Algeriens

Vatikanstadt, 12.04.2018 (KAP) Papst Franziskus hat den Opfern des Flugzeugabsturzes in Algerien sein Beileid ausgesprochen. In einem vom vatikanischen Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin unterzeichneten Schreiben an den Erzbischof von Algier heißt es, der Papst verbinde sich im Gebet mit dem Schmerz der Familien der Opfer sowie dem ganzen algerischen Volk.

Er bitte Gott, die Toten in seinen Frieden aufzunehmen und die Hinterbliebenen zu trösten, sowie um Beistand für diejenigen, die Hilfe

leisten. Für die Kirche in Algerien erbittet der Papst die Gabe des Geistes sowie "den Trost des Allerhöchsten für die ganze algerische Nation".

Bei dem schwersten Flugzeugunglück in der Geschichte Algeriens waren Mittwochfrüh 257 Menschen, mehrheitlich Soldaten und ihre Familienangehörigen sowie zehn Crew-Mitglieder, ums Leben gekommen. Der Militärtransporter war nach dem Start von einer Militärbasis nahe der Hauptstadt Algier auf einem Feld zerschellt.

A U S L A N D

Neue Studie: Jugendliche glauben, wollen aber nicht religiös sein

Deutsche Religionspädagogen befragten 7.000 Jugendliche und junge Erwachsenen - Mehr als die Hälfte der jungen Menschen findet es gut, dass es Kirchen gibt, mit dem institutionellen Charakter der Religion wollen sich viele aber nur ungern identifizieren

Bonn, 12.04.2018 (KAP/KNA) Jugendliche wollen nach einer neuen Studie nicht religiös sein, glauben aber zu einem großen Teil. Aus einer am Donnerstag im deutschen Tübingen vorgestellten Befragung von mehr als 7.000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen geht hervor, dass mehr als die Hälfte von ihnen an Gott glaubt. Rund drei Viertel beten demnach gelegentlich oder häufig. Trotzdem nannten sich nur 22 Prozent religiös, aber 41 Prozent gläubig. Auch von denjenigen, die sich als Atheisten sehen, glauben viele an "irgendeine höhere Macht".

Hinter der Studie "Jugend - Glaube - Religion" stehen der katholische und der evangelische Religionspädagoge der Universität Tübingen, Reinhold Boschi und Friedrich Schweitzer. Sie befragten die Teilnehmer mithilfe von Fragebögen und Interviews zu ihren Einstellungen und Erfahrungen rund um die Themen Glauben, Kirche und Religion.

Aus der Untersuchung geht hervor, dass Jugendlichen den Glauben für etwas Individuelles und Persönliches halten. Die Haltung zur Kirche ist demnach ambivalent, weil sich junge Menschen nur ungern mit dem institutionellen Charakter der Religion identifizieren wollen.

Mehr als die Hälfte der jungen Menschen findet aber gut, dass es Kirchen gibt.

In der Zeit des Erwachsenwerdens bleibt nach diesen Ergebnissen der Glaube relativ stabil, während sich kirchenkritische Haltungen verstärken. Das Interesse an religiösen Fragen wuchs demnach bei Schülern, die an Religions- oder Ethikunterricht teilnehmen: Sie wollen sich eine eigene Meinung bilden können und mit ihren Fragen ernst genommen werden. Gegenüber anderen Religionen und Kulturen zeigen sich Jugendliche meist interessiert und offen.

25 Prozent stimmten indes der Aussage zu, dass es zu viele Muslime in Deutschland gebe. Diese Ansicht vertraten auch 18 Prozent der befragten Muslime. Das zeigt aus Sicht der Autoren der Studie, "wie wichtig ein schulisches Angebot für die Auseinandersetzung mit religionsbezogenen Vorurteilen bleibt".

Drei Viertel der befragten Schüler vertraten die Ansicht, dass sich die Kirchen ändern müssten, wenn sie eine Zukunft haben wollten. Religiöse Themen, die Jugendliche interessieren, sind beispielsweise Tod, Weltentstehung oder die Frage nach Gottes Gerechtigkeit angesichts von Leid. Die Autoren der Studie betonen, in der Jugendforschung im deutschsprachigen Raum

werde das Thema Religion seit Jahren nur "am Rande behandelt". Dies gelte auch für die bekannten Shell-Studien.

Im Schnitt wiesen Mädchen höhere Religiositätswerte auf als männliche Befragte. Zwischen Berufsschülern und Gymnasiasten gibt es

demnach weniger Unterschiede im Blick auf Religion, als oftmals angenommen wird. Der Gottesglaube muslimischer Schüler ist demnach stärker als bei christlich erzogenen Jugendlichen.

Erzabt von Pannonhalma verteidigt Papst gegen kirchliche Kritiker

Cirill Hortobagyi in Interview für ungarische Wochenzeitung HVG: Kein Verständnis für innerkirchliche Stimmen, die Papst-Position zu Flüchtlingen nicht ernst nehmen wollen

Budapest, 12.04.2018 (KAP) Als "engagierter Anhänger von Papst Franziskus" hat sich der neue Abt der Benediktinerabtei Pannonhalma, Erzabt Cirill Hortobagyi, deklariert. Er äußerte sich in einem Interview mit der ungarischen Wochenzeitung HVG und wies vehement Stimmen zurück, die den Papst als "dementen alten Mann" bezeichnen. Er habe auch kein Verständnis für kirchliche Stimmen im Land, die die Aussagen des Papstes zu Flüchtlingen nicht ernst nehmen wollten.

Auf die Frage, ob er genauso handeln würde, wie sein Vorgänger als Erzabt, Asztrik Varszegi, der 2015 hilfsbedürftige Flüchtlinge im Benediktinerkloster Pannonhalma aufnahm, antwortete der neue Abt mit einem eindeutigen "Ja": "Wenn Hilfsbedürftige vor unserem Tor erscheinen, werden wir genauso handeln." Das sei auch in erster Linie einfach ein Akt der gelebten Hilfe und keine politische Botschaft.

Papst Franziskus stehe für die Erneuerung der Kirche, die auch diesen Papst überdauern werde, zeigte sich der Abt überzeugt. Die Kirche müsse missionarisch sein und in die Welt hinaus gehen. Jedes Ghetto-Denken sei abzulehnen, so der Erzabt.

Im Interview ging Erzabt Hortobagyi auch auf die Frage des Zölibats ein. Er unterstrich, dass es dazu in der Kirche keine eindeutige Meinung gäbe. Er würde sich persönlich aber freuen, wenn das Zölibat keine Pflicht mehr wäre und die Kirche zu ihrer ursprünglichen Praxis zurückkehren würde, und auch verheiratete Priester möglich wären. Auch die Priesterweihe von "viri probati", also "bewährten"

verheirateten Männern, könne er sich vorstellen.

Der neue Erzabt wies im HVG-Interview zudem darauf hin, dass er regelmäßig als Gefängnis-Seelsorger tätig ist. Zuerst tat er das, um einem seiner früheren Schüler zu helfen, der eine Haftstrafe verbüßte. Er habe im Gefängnis die Erfahrung gemacht, dass es nicht stimme, dass "alle ehrlichen Menschen draußen und alle Schurken drinnen sind". Es gäbe auch Menschen, "die gestolpert sind und Fehler begangen haben", aber im Grunde keine schlechten Menschen sind. Ein Mal im Monat besuche er ein Gefängnis, um mit den Insassen zu sprechen und die Messe zu feiern.

Cirill Hortobagyi ist der 87. Abt der im Jahr 996 gegründeten Abtei Pannonhalma. Das Ordenskapitel der Freien Benediktiner-Erzabtei hatte den 59-jährigen bisherigen Prior von Pannonhalma am 6. Jänner zum Erzabt gewählt. Papst Franziskus bestätigte Mitte Februar die Wahl. Die Abtbenediktion fand am 22. März statt.

Als Erzabt von Pannonhalma ist Hortobagyi zugleich auch Ordinarius der Gebietsabtei Pannonhalma sowie in seiner neuen Funktion auch Mitglied der Ungarischen Bischofskonferenz. Pannonhalma ist ein zentraler Ort des kirchlichen und geistlichen Lebens in Ungarn. Die seit mehr als 1.000 Jahren bestehende und nach dem Heiligen Martin von Tours (316-397) benannte Abtei, in der heute rund 50 Benediktiner leben und arbeiten, ist neben der Domstadt Esztergom das wichtigste spirituelle Zentrum des Landes. Seit 1996 zählt Pannonhalma auch zum Weltkulturerbe.

Gesamtausgabe von Karl Rahners Werken abgeschlossen

Letzter von 38 Teilbänden zur Gesamtausgabe der Veröffentlichungen des großen Jesuiten und Konzilstheologen fertiggestellt

München, 12.04.2018 (KAP/KNA) Nach knapp 25 Jahren Arbeit ist die Gesamtausgabe der Werke des deutschen Theologen und Philosophen Karl Rahner (1904-1984) abgeschlossen. Mit dem Register erscheint am 18. April der letzte von 38 Teilbänden. Die Reihe wird von der Karl-Rahner-Stiftung im Verlag Herder herausgegeben.

Als Brückenbauer zwischen klassischer und moderner Theologie zählt Rahner zu den bedeutendsten katholischen Gelehrten des 20. Jahrhunderts. Sein Denken beeinflusste maßgeblich das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965), an dem er vorbereitend und beratend mitwirkte.

Rahner brachte einen großen Schülerkreis hervor. Zu ihm gehören der kürzlich verstorbene Mainzer Kardinal Karl Lehmann und der Begründer der Politischen Theologie in Münster, Johann Baptist Metz. Rahners "Grundkurs des Glaubens" von 1976 wurde ein Standardwerk.

Am kommenden Donnerstag wird in der Münchner Hochschule für Philosophie der Jesuiten der Editionsabschluss gefeiert. Dabei spricht der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Münchner Erzbischof Kardinal Reinhard Marx, ein Grußwort und würdigt Rahners Vermächtnis.

Der Theologe stammte aus einer Freiburger Lehrerfamilie und trat 1922 in den Jesuitenorden ein. In dieses Jahr reichen auch seine nunmehr neu edierten und kommen-

tierten Veröffentlichungen zurück. Der 1932 zum Priester geweihte Rahner promovierte in Innsbruck und habilitierte sich 1937. Dort lehrte er - mit Unterbrechungen - bis zum Frühjahr 1964. Dann übernahm er als Nachfolger Romano Guardinis den Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung und Religionsphilosophie in München und lehrte von 1967 bis zu seiner Emeritierung Dogmatik und Dogmengeschichte in Münster. Als Emeritus lebte Rahner zuletzt in Innsbruck, wo er auch starb.

Das Werkverzeichnis umfasst mehr als 1.600 eigenständige Publikationen, vom Vorwort für einen Sammelband bis zur mehrhundertseitigen Monografie. Seine Themen fand Rahner in der Kirchengeschichte, der spirituellen Tradition seines Ordens und den Fragen, die Leser und Zuhörer an ihn herantrugen. So beschäftigte er sich nicht nur mit dem universalen Heilswillen Gottes, sondern auch der Bahnhofsmision und der Pfarrbücherei. Zu heißen Eisen in der Ökumene, zu Strukturproblemen der Kirche oder dem priesterlichen Zölibat legte er Überlegungen vor, die bis heute diskutiert werden.

Um seine Person machte Rahner kein großes Aufhebens. "Ich habe kein Leben geführt; ich habe gearbeitet, geschrieben, doziert, meine Pflicht zu tun, mein Brot zu verdienen gesucht", zog der Theologe wenige Monate vor seinem Tod Bilanz. "Ich habe in dieser üblichen Banalität versucht, Gott zu dienen, fertig."

EU-Familienverband: Individual-"Rechte" gefährden Charta von 1948

FAFCE-Verantwortlicher Antoine Renard in "Kathpress"-Interview: Nach der Weltkriegskatastrophe entstandenes Menschenrechtsideal, wollte eigentlich nur Rechte der Person festschreiben, sodass der Staat diese nicht außer Kraft setzen kann, nahm aber Rücksicht auf soziale Bindungen - Heute "Müdigkeit unter jenen, die zurecht glauben, dass soziales Handeln besser ist als Individualismus"

Wien, 12.04.2018 (KAP) Auf die Gefährdung des Wesens der vor 60 Jahren verabschiedeten UN-Menschenrechtscharta durch eine individualistische Neuinterpretation und Ideologisierung hat der Präsident der Föderation der Katholischen Familienverbände in Europa (FAFCE), Antoine Renard, in einem Interview mit der Nachrich-

tenagentur "Kathpress" am Donnerstag in Wien hingewiesen. "In unserer christlichen Kultur lernt man den Umgang mit Fremden in der Familie. Wir lernen, wie wir Brüder und Schwestern behandeln sollen, ob sie jetzt in unserer Familie leben oder außerhalb", sagte Renard. Dies sei Ausdruck eines "christlichen Humanismus", der

eine machtvolle Komponente in der Entwicklung der europäischen Staaten sei.

Diese "christlichen Wurzeln Europas" seien auch in der Menschenrechtscharta von 1948 enthalten. Heute drohten sie durch ein anderes, individualistisches Weltbild unterhöhlt zu werden. "Individualismus und Gleichgültigkeit sind die größten Gefahren", so der Franzose: "Es gibt mittlerweile bei denjenigen, die zurecht glauben, dass soziales Handeln besser ist als Individualismus, auch erkennbare Müdigkeit. Sie reagieren nicht mehr. Der Papst rüttelt uns deshalb auf, er sagt: Geht, tut etwas, handelt!"

Als das Menschenrechtsideal nach der Katastrophe des Krieges entstanden war, sei es darum gegangen, Rechte der Person festzuschreiben, sodass der Staat diese nicht außer Kraft setzen könne. "Wir sehen aber, dass - wegen Interessen der Wirtschaft, der Kommerzialisierung usw. - der Individualismus auch die Auffassung der Menschenrechte beeinflusst. Eine kontinuierliche Umschreibung ist im Gang: nicht mehr Rechte der Person, sondern Rechte des Individuums. Es gibt mehr und mehr Forderungen nach angeblichen Rechten des Individuums, die unabhängig von den sozialen Bindungen des Menschen sind", sagte der FAFCE-Präsident: "Das ist das Kernproblem."

Wer den Menschen immer als "einen alleine" sehe, der könne keine Grenzen ziehen. "Als Christ ist aber das, was mich glücklich macht, die Entwicklung meiner Beziehung zu den anderen." Bei der Ehe etwa sei es so gewesen, dass sie Rechte hatte, um die Familie zum schützen. "Die Familie ist der Ort, wo wir aufwachsen. Sie wird geschützt, und die Ehe wird geschützt, im Blick auf die Kinder. Wenn man die Ehe nur im Blick auf das Paar sieht, dann gibt es keinen Grund zu verhindern, warum nicht jeder oder jede jeden oder jede heiraten soll." Die Ehe werde von einer Institution zum Schutz der Familie zu einer Institution zum Schutz der Paare.

Technische und medizinische Entwicklungen würden auch die Familienbildung aushöhlen, so Renard: "Es kommt zu der völlig verrückten Situation, dass eine junge Frau, die Kinder bekommen könnte, gedrängt wird, die

Pille zu nehmen oder abzutreiben, damit sie arbeiten kann. Und dann, wenn sie 50 ist, denkt sie: Es wäre gut, ein Kind zu haben, und sie wendet sich an eine technische oder medizinische Einrichtung, die ihr helfen soll, Kinder zu bekommen."

Es werde erwartet, dass Menschen so glücklich werden, aber es funktioniere nicht. Es werde aber als "Recht" deklariert - "Mein Recht ist es, das zu tun, was ich will." Was die Armen, die Umwelt, die Mitmenschen tun, sei egal, wichtig sei, "dass ich mich selbst entfalten kann. Und ich erwarte von der Gesellschaft, dass sie mir hilft, zu tun, was ich will."

So komme es zur Entstehung unglücklicher Menschen, stellte der FAFCE-Präsident fest. Sie gingen Kontakten aus dem Weg, kommunizierten nur mit dem Smartphone und gäben Populisten ihre Stimme: "Wer Populisten wählt, macht einen Aufschrei, er ist nicht glücklich."

Es gebe aber auch - zumindest in Frankreich - eine neue Suche nach dem Glauben. "Die christliche Kultur geht wahrscheinlich zurück, aber der Glaube kommt", sagte Antoine Renard. Wenn diese Menschen eine Ausstrahlung im Sinne von Glücklichkeit haben, dann ziehe das an: "Am Anfang braucht es nicht einmal so viele, aber es braucht gute Gläubige." So würden diese Gemeinschaften wachsen. Ein gewisser Prozentsatz guter Familien reiche, um andere aufzuwecken.

Die neue Familienallianz habe in den Lebensschutz-Demonstrationen "Manif pour tous" ein beeindruckendes Zeichen gegeben, erinnerte Renard. Die Teilnehmerzahl werde von Mal zu Mal größer, zuletzt seien es zwei Millionen gewesen, darunter auch viele muslimische Familien. Der Schlüssel für den Erfolg sei dabei die Basis-Arbeit.

Laut Renard sind in Frankreich heute 700.000 Familien in lokalen christlichen Verbänden organisiert. Die meisten davon gingen bei "Manif pour tous" mit. Das Motto "Act locally" sei deshalb aus seiner französischen Erfahrung die wichtigste Lehre für die Europaarbeit. "Geht in die Pfarren, arbeitet mit den Pfarren, das bringt Erfolg", so das wichtigste "Rezept".

Angela Merkel erhält "Lampe des Friedens" der Franziskaner

Deutsche Bundeskanzlerin wird am 12. Mai im italienischen Assisi für "ihr Versöhnungswerk für ein friedliches Zusammenleben der Völker" geehrt

Rom, 12.04.2018 (KAP) Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erhält am 12. Mai in Assisi vom dortigen Franziskanerorden die "Lampe des Friedens". Damit würdige der Orden "ihr Versöhnungswerk für ein friedliches Zusammenleben der Völker", begründete Mauro Gambetti, Kustos des Franziskaner-Konvents in Assisi, am Donnerstag in Rom die Entscheidung des Ordens. Mit der Überreichung der Lampe ist zudem der Titel "Weltfriedensbotschafterin" verbunden. Zu der Feier in Assisi wird auch Kolumbiens Staatspräsident Juan Manuel Santos erwartet; er erhielt die "Lampe des Friedens" Ende 2016.

Mit der Auszeichnung würdige der Orden des heiligen Franz von Assisi den Einsatz politisch Verantwortlicher für das Gemeinwohl

und gute Beziehungen zwischen den Völkern, sagte Gambetti. Besonders gelte dies derzeit für Europa, das noch einen weiten Weg vor sich habe, um seiner Jugend eine Einheit in Vielfalt zu bieten.

Zu den prominenten Preisträgern der nicht jährlich, sondern nach Anlass vergebenen Auszeichnung zählen unter anderem Lech Walesa, der Dalai Lama, Mutter Teresa, Yassir Arafat, Michail Gorbatschow und Schimon Peres sowie die Päpste Johannes Paul II., Benedikt XVI. und Franziskus. Die "Friedenslampe" ist eine Nachbildung jener gläsernen Öllampe, die beständig am Grab des heiligen Franz von Assisi brennt. Sie gelte "als Symbol für Liebe und Versöhnung angesichts der von Konflikten verursachten Leiden", so Gambetti.

Bischöfe Tschechiens und der Slowakei tagten gemeinsam

Erklärung mit Blick auf Gründung der beiden Bischofskonferenzen im Zuge der Auflösung der Tschechoslowakei vor 25 Jahren betont "Achtung vor gemeinsamer Geschichte" und erinnert an Kampf um Religionsfreiheit und Bürgerrechte

Bratislava, 12.04.2018 (KAP) Erstmals nach fünf Jahren haben die Slowakische und die Tschechische Bischofskonferenz eine gemeinsame Vollversammlung abgehalten. Anlass für die Sitzung und einen gemeinsamen Gottesdienst am Mittwoch im slowakischen Nitra boten die Jahrestage der Staatentrennung im Zuge der Auflösung der Tschechoslowakei vor 25 Jahren und die damit einhergehende Gründung der beiden Bischofskonferenzen sowie auch das Gedenken an die Entstehung der Tschechoslowakei vor 100 Jahren.

Man habe "Achtung vor der gemeinsamen Geschichte" und sei "Gott dankbar für alles Gute, das aus der gemeinsamen Geschichte unserer Völker und für die andauernde Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern und Bischofskonferenzen hervorgegangen" sei, hielten die Bischöfe in einer gemeinsamen Erklärung fest. In der Vergangenheit sei man durch den Kampf um die Religionsfreiheit und die Bürgerrechte verbunden gewesen. Jetzt stünden die Kirchen vor der Herausforderung, "wie das

Evangelium Jesu Christi aufs Neue zu verkündigen und zu leben und die Würde des Menschenlebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod zu verteidigen" sei; desgleichen gehe es um die "Achtung der Ehe als Bündnis von Mann und Frau sowie die Wertschätzung der Familie".

Der Gehorsam gegenüber den Werten des Evangeliums rufe auf "zum Kampf um eine tatsächlich anständige gerechte Gesellschaft, in der wir Korruption und Ungerechtigkeit ablehnen und uns um Achtung und Hilfe für die Alten, Kranken und Fremden bemühen", so die Bischöfe. Diese Werte würden bei der Überwindung der gesellschaftlichen Krise helfen und richteten "den geistlichen Blick auf Gott, den Spender des Lebens".

Der Vorsitzende der Tschechischen Bischofskonferenz, Kardinal Dominik Duka, erinnerte in einer Ansprache an das Leben im gemeinsamen Staat. Gott möge jenen verzeihen, deren "militanter Atheismus" die Ordensschwestern und die Priester der griechisch-katholischen Kirche mit ihren Familien ver-

trieben hätten, sagte der Prager Erzbischof. Die damals Betroffenen sowie auch die "Mitbrüder und Ordensmänner, die in das Gewand technischer Hilfsdienste gesteckt wurden, aber auch die Gefängnisse füllten", verpflichteten die Jüngeren der Gegenwart, "sich dem Kampf nicht zu entziehen".

Oft seien es slowakische Gläubige gewesen, die mit ihrem Mut beeindruckten, fügte Duka hinzu. Sie seien es gewesen, die bei den Cyrill-und-Method-Feiern 1985 in Velehrad nach dem Papst gerufen hätten. "Wir haben nichts zu fürchten und uns für nichts zu schämen", so der Prager Erzbischof.

Polen: Parlament legt Abtreibungsgesetz-Verschärfung auf Eis

Regierungspartei PiS geht auf Distanz zu Gesetzentwurf der auch von der katholischen Kirche unterstützten Volksinitiative "Stoppt Abtreibung"

Warschau, 12.04.2018 (KAP/KNA) Dämpfer für die Abtreibungsgegner in Polen: Ein Parlamentsausschuss hat es am Mittwoch abgelehnt, über eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes zu beraten. Die Sprecherin der von rund 800.000 Bürgern unterstützten Volksinitiative "Stoppt Abtreibung", Kaja Godek, warf den Mitgliedern des Ausschusses für Sozial- und Familienpolitik daraufhin vor, für den "Tod von drei Kindern pro Tag" verantwortlich zu sein.

Angesichts von Protesten vieler Polinnen war die rechtskonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) zuletzt auf Distanz zum Gesetzentwurf der Volksinitiative gegangen. Wann das Parlament über den Gesetzentwurf entscheidet, ist bisher unklar. Er sieht eine Ausweitung des bestehenden weitreichen-

den Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen auf missgebildete Föten vor. Dann wären Abtreibungen nur noch erlaubt, wenn die Gesundheit der Frau durch die Schwangerschaft gefährdet ist oder sie vergewaltigt wurde.

Die katholische Kirche in Polen macht sich für die Volksinitiative stark. Der Krakauer Erzbischof Marek Jedraszewski appellierte am Montag an die Abgeordneten, für den Gesetzentwurf der Initiative zu stimmen. "Wir haben das Recht zu erwarten, dass im Sejm schnell alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, damit das Leben von Kindern geschützt wird, bei denen der Verdacht besteht, dass sie von einer Krankheit betroffen sind", sagte er bei einer Messe. Jedes Leben müsse verteidigt werden.

Botschafterin: Polen bekämpft Xenophobie und Antisemitismus

Diplomatin Kozłowska weist in Wiener jüdischer Kulturzeitschrift "David" darauf hin, dass laut Statistik die Zahl der antisemitischen Übergriffe in Polen viel geringer als in vielen anderen europäischen Ländern ist

Wien, 12.04.2018 (KAP) Für alle polnischen Regierungen nach der Wende von 1989 hat der Grundsatz gegolten, dass es für Antisemitismus, ähnlich wie für Rassismus sowie andere Anzeichen der Xenophobie "keinen Platz im öffentlichen Leben gibt", was "auch jedes Mal öffentlich betont worden" ist: Das betonte die polnische Botschafterin in Österreich, Jolanta Roza Kozłowska, in einem Interview für die April-Ausgabe der Wiener jüdischen Kulturzeitschrift "David". Trotz einiger Zwischenfälle bildeten in Polen "jene Milieus, die sich auf antisemitische bzw. fremdenfeindliche Parolen berufen, lediglich eine Randerscheinung", sagte Kozłowska. Die ausgebildete Musikwissenschaftlerin und

Ethnologin war vor 1989 in der Solidarnosc-Bewegung aktiv, ist seit 1994 im diplomatischen Dienst und seit einem halben Jahr in Wien.

Kozłowska wies darauf hin, dass laut Statistik die Zahl der antisemitischen Übergriffe in Polen viel geringer als in vielen anderen europäischen Ländern sei. Dazu komme das Faktum, dass "ein unter dem Deckmantel des Antizionismus agierender Antisemitismus" in Polen "praktisch nicht vorhanden" sei. Polen sei ja auch "jahrhundertlang das religiöse und kulturelle Zentrum jüdischen Lebens" gewesen, und bis heute bleibe "die Erinnerung an jene polnische Juden wach, die an den polnischen

Freiheits- und Unabhängigkeitskämpfen teilgenommen haben".

Die Botschafterin räumte ein, dass es in den polnisch-jüdischen Beziehungen auch drastische Fälle von Antisemitismus gegeben habe. Sie erwähnte die Tötung von Juden in Podlachien/Podlasie 1941 oder den Pogrom von Kielce 1946. Ein anderer Fall seien die "szmalcownik", die Juden gegen Entgelt an Deutsche ausgeliefert und jene erpresst hätten, die sich verstecken mussten. "Wir sprechen offen von diesen unrühmlichen Kapiteln unserer Geschichte. Diese Ereignisse dürfen aber nicht mit den von den Nazideutschen begangenen Verbrechen gleichgestellt werden", so Kozłowska.

Ein schandbares Verhalten einzelner Personen dürfe "nicht dazu berechtigen, die Mitverantwortung für den Holocaust auf das gesamte polnische Volk und den polnischen Staat auszuweiten, was manchmal in den ausländischen Medien versucht wird", kritisierte die Diplomatin: "Wir haben auch daran zu erinnern, dass für den Polnischen Untergrundstaat und die Polnische Exilregierung in London die Kollaboration mit den Deutschen als Verrat galt, der mit der Todesstrafe bedroht war. Im besetzten Polen funktionierte unter dem Schutz des Polnischen Untergrundstaates der Rat für die Unterstützung der Juden 'Zegota', eine europaweit einmalige Initiative."

Ziel dieser Organisation sei die Hilfe für verfolgte Juden gewesen und eines ihrer Mitglieder der spätere katholische Publizist und Diplomat Władysław Bartoszewski (1922-2015). Er war als Botschafter in Wien von 1990 bis 1995 der Vorgänger Kozłowskas.

Polen und Österreich verbindet nicht nur 1683

Polen und Österreich verbinde vieles, erinnerte die Botschafterin in dem Interview: "Unser gemeinsames kulturelles Erbe ist ja nicht nur die Entsatzschlacht von Wien, deren 335-jähriges Jubiläum wir am 12. September 2018 feiern werden, sondern auch die Präsenz vieler Polen, die das kulturelle und politische Leben Wiens und Österreichs mitgeprägt haben. Zu nennen wären da z. B. Chopin, Badeni, Gouchowski, Ossoliski, Kiepura sowie viele Künstler der Gegenwart mit besonderen Beziehungen zu Österreich."

Die Geschichte und die Denkmäler des Judentums in Polen würden heute in Polen

gepflegt, hob Kozłowska hervor: "Heute sind wir bemüht, Spuren dieser Vergangenheit als einen wichtigen Bestandteil der polnischen, aber auch als Teil der jüdischen Geschichte zu bewahren. Hierfür steht beispielsweise das Museum der Geschichte der Polnischen Juden 'Polin', eines der meist besuchten Museen in Warschau." Landesweit würden Projekte zum Wiederaufbau und Konservierung von Baudenkmalern jüdischer Kultur durchgeführt und von Regierungsinstitutionen auf zentraler und regionaler Ebene unterstützt, ebenso Festivals der jüdischen Kultur. Staatspräsident Andrzej Duda und seine Gattin hätten im Präsidentenpalais Gäste zur gemeinsamen Zeremonie des Kerzenanzündens am Chanukka-Fest eingeladen.

Wichtig sei auch die Erhaltung der in ganz Polen befindlichen Gedenksteine an den Holocaust und an die vom NS-Regime betriebene Ermordung der polnischen Intelligenz und des Klerus. Dabei gebe es neben Auschwitz viele andere Orte, die nicht so gut erhalten und die beispielsweise von den deutschen Besatzern bewusst zerstört worden seien, um Spuren der eigenen Verbrechen zu beseitigen, so Kozłowska: "Ich meine hier vor allem die ehemaligen Vernichtungslager in Treblinka, Sobibor und Belzec. An jedem dieser Orte kamen Hunderttausende von Juden ums Leben, allein in Treblinka 900.000."

Die Verantwortlichen seien dabei, konservatorische Arbeiten durchzuführen, um das Gelände dieser Lager zu Gedenkstätten umzuwandeln und um die Erinnerung an die dort begangenen Verbrechen aufrechtzuerhalten. Dabei solle auch eine würdevolle Behandlung der Asche und der sterblichen Überreste der Toten sichergestellt werden. Diese Arbeiten seien im ehemaligen Todeslager Belzec bereits vollständig abgeschlossen worden und in Sobibor weit fortgeschritten. "Wir Polen haben aber bedauerlicherweise stets daran zu erinnern und es richtigzustellen, dass all diese Lager von den NS-deutschen Besatzern errichtet und betrieben wurden. Obwohl sie sich in den von den Deutschen besetzten polnischen Gebieten befanden, dürfen sie unter keinen Umständen als 'polnische Lager' bezeichnet werden, was leider immer noch häufig anzutreffen ist", betonte die Botschafterin.

EU-Beauftragter: Negativer Trend in Sachen Religionsfreiheit

Jan Figel fordert strategischere Ausrichtung der Menschenrechtsdialoge des Europäischen Auswärtigen Dienstes

Brüssel, 12.04.2018 (KAP/KNA) Der EU-Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit außerhalb der Union, Jan Figel, hat auf eine "beunruhigende Lage" in den Nicht-EU-Staaten aufmerksam gemacht. Der Trend in Sachen Religionsfreiheit sei negativ, sagte Figel bei einer Konferenz am Mittwoch in Brüssel. In vielen Ländern werde die Religionsfreiheit eingeschränkt, etliche Regierungen bedrohten religiöse Gruppen.

Figel forderte eine strategischere Ausrichtung der Menschenrechtsdialoge des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), um in Drittstaaten Veränderungen zu erreichen. Zudem wies er darauf hin, dass nicht nur Gläubige zunehmend unter Druck gerieten, sondern auch Religionslose.

Australischer Erzbischof weist Missbrauchsvertuschung zurück

Adelaides Erzbischof Wilson sagt vor Gericht aus, dass er niemals von zwei ehemaligen Ministranten über sexuellen Missbrauch durch einen Priester informiert worden sei

Sydney, 12.04.2018 (KAP/KNA) Unter Eid hat Adelaides katholischer Erzbischof Philip Wilson ausgesagt, dass er niemals von zwei ehemaligen Ministranten über sexuellen Missbrauch durch einen Priester informiert worden sei. Wilson steht derzeit in seiner früheren Diözese Newcastle wegen des Vorwurfs der Vertuschung von Missbrauchsfällen vor Gericht. Er bezweifle, dass ein Gespräch jemals stattgefunden habe, zitiert das Nachrichtenportal "CathNews" am Donnerstag den Erzbischof. Die fragliche Aussage eines der Ministranten sei in ihren Einzelheiten so "grausam", dass er sie sicher nicht vergessen hätte, so der heute 67-jährige.

Wilson wird vorgeworfen, 1976 als junger Priester in Newcastle die Berichte von Ministranten über sexuellen Missbrauch durch einen

Priester unter den Teppich gekehrt zu haben. Einen der Missbrauchten soll Wilson seinerzeit angewiesen haben, als Sühne für seine "Lügen" zehn Ave Maria zu beten. Der betreffende Priester war 2004 wegen Missbrauchs eines Buben zu einer Haftstrafe verurteilt worden und starb 2006 im Gefängnis.

Nach Kardinal George Pell ist Erzbischof Wilson die zweite hochrangige Führungspersonlichkeit der katholischen Kirche Australiens, die sich im Zusammenhang mit Missbrauch vor Gericht verantworten muss. Pell wird vorgeworfen, als junger Priester selbst Teenager sexuell bedrängt zu haben. Ein Gericht in Melbourne entscheidet voraussichtlich noch im April über die etwaige Eröffnung einer Hauptverhandlung.

K U L T U R & M E D I E N

Wenders-Film über den Papst wird in Cannes gezeigt

"Papst Franziskus - ein Mann seines Wortes" zeigt Franziskus in exklusiven Interviews - Streifen außer Konkurrenz zum Wettbewerb beim diesjährigen Filmfestival von Cannes eingeladen

Berlin, 12.04.2018 (KAP/KNA) Der neue Film von Wim Wenders "Papst Franziskus - ein Mann seines Wortes" wird auch beim diesjährigen Filmfestival von Cannes (8.-19. Mai) gezeigt. Das

Werk sei in den Wettbewerb außer Konkurrenz eingeladen worden, teilte die Produktionsgesellschaft boxfish films am Donnerstag in Berlin mit.

Der Dokumentarfilm über den Papst kommt am 14. Juni im deutschsprachigen Raum in die Kinos. Wenders, der mit Filmen wie "Paris, Texas", "Der Himmel über Berlin" und "Buena Vista So-

cial Club" bekannt wurde, stammt aus einer katholischen Familie. Als junger Mann wollte er Priester werden und ist zweifacher Ehrendoktor der Theologie.

Wiener Poetikdozentur mit literarischem Geheimtipp

Früherer Marxist Hartmut Lange gilt als "Geheimtipp der Novellenkunst" - Vortrag am 17. April an Universität Wien

Wien, 12.04.2018 (KAP) Mit einem literarischen Geheimtipp startet die "Wiener Poetikdozentur Literatur und Religion" in das Sommersemester: Der Berliner Schriftsteller Hartmut Lange wird am kommenden Dienstag, 17. April, an der Universität Wien zum Thema "Kunst und Religion - Ziehkind der Vorstellungswelt" referieren (Beginn: 18.30 Uhr, Hörsaal 41). Lange war einst glühender Marxist und kann heute als "suchender Melancholiker" und "Geheimtipp der Novellenkunst" beschrieben werden, wie der Initiator der Poetikdozentur, Prof. Jan-Heiner Tück, gegenüber "Kathpress" betonte.

Sein Werk umkreise immer neu das Verhängnis der Vergänglichkeit und des Verschwindens sowie die Vorstellungswelten, die Literatur zu entwerfen vermag, so Tück. Ein entscheidender Anstoß sei für Lange die Einsicht gewesen, dass der Marxismus "völlig unempfindlich im Blick auf die Opfer der Geschichte" war.

Auch das anhaltende "Transzendenzbegehren" des Menschen habe den agnostischen Autor dazu gebracht, sich dem Phänomen der Religion zuzuwenden - wenn auch mit bleibender Skepsis: So biete aus Sicht Langes die Kunst an sich genügend Möglichkeiten, diesem "Transzendenzbegehren" des Menschen zu entsprechen, ohne deshalb religiös zu werden.

Die vom Institut für Systematische Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät organisierte Poetikdozentur bringt jedes Semester Schriftsteller an die Universität Wien. Im Hintergrund steht das Anliegen, eine Begegnung von Literatur und Religion zu ermöglichen - zweier Sphären, die manches trennt, aber auch einiges verbindet. Fortgesetzt wird die Poetikdozentur am 22. Mai mit einem Vortrag des Schriftstellers Ilija Trojanow und am 12. Juni mit einem Vortrag von Barbara Frischmuth. (Infos: www.poetikdozentur.at)

Stift Seitenstetten begeht Jubiläum 300 Jahre "Kremser Schmidt"

Spezialführung in selten zugängliche Klosterräume soll Werk des Kremser Spätbarockmalers erfahrbar machen und zugleich einen Einblick ins klösterliche Leben des 18. Jahrhunderts bieten

St. Pölten, 12.04.2018 (KAP) Anlässlich des 300. Geburtstages von Martin Johann Schmidt ("Kremser Schmidt", 1718-1801) zeigt das niederösterreichische Stift Seitenstetten heuer die bedeutendsten Werke des Künstlers in den Räumen des Stiftes anhand einer Schwerpunktführung. Der aus Krems stammender Spätbarockmaler war eng mit dem Stift Seitenstetten und dem Mostviertel verbunden. In Seitenstetten gestaltete er als Hauptwerk das Sommerrefektorium und den Maturasaal aus. Beide Räume sowie der Marmorsaal sind im heurigen Jahr erstmals seit längerem wieder im Rahmen der Führung für Besucher zugänglich.


"Wir wollen mit den Führungen einen Einblick in unser Leben geben", so Abt Petrus Pilsinger bei einem Pressegespräch am Donnerstag. Das Stift wolle Raum geben zum Durchatmen und Religion, Kunst, Kultur und Natur erfahrbar machen. Das Benediktinerkloster stehe für Gastfreundschaft und man wolle sich als Ordensgemeinschaft auch den Leuten zeigen.

Die Schwerpunktführung geht u.a. auch auf die reiche Symbolsprache und die extremen Hell-Dunkel-Kontraste in den "Kremser Schmidt"-Bildern ein und bietet darüber hinaus auch viele Einblicke ins klösterliche Leben des 18. Jahrhunderts. Im Stift verweist man auch auf

den Historischen Hofgarten, der jetzt voll zu blühen beginnt.

"Kremser Schmidts" Hauptschaffenszeit reicht bis in die späten 1770er Jahre. In seinen letzten 15 Lebensjahren entstehen Andachtsbilder und Betschemel-Bilder für die Stifte Seitenstetten, Göttweig, Kremsmünster, Spitz und viele andere Klöster und Kirchen. Insgesamt

sind ihm 2.000 große Ölbilder nachgewiesen. Dazu kommt ein großes zeichnerisches und druckgraphisches Lebenswerk. Schmidt gilt neben Franz Anton Maulbertsch als herausragendster Maler des österreichischen Barocks und hatte auch international großes Ansehen. (Informationen: www.stift-seitenstetten.at)

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	